

Olympiastadion – A Never Ending Story... Der Sportsenator will die alleinige Verantwortung – und wer trägt die Kosten?

Noch vor einem Jahr schien die Welt rund um das Olympiastadion in Ordnung zu sein. Der Bau wurde übergeben, das Einweihungsfest fand im August mit Pomp und unter reger öffentlicher Anteilnahme statt. Die Betreibergesellschaft, gebildet aus Senat, Hertha BSC und WalterBau GmbH arbeitete,

den baulichen Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes mit seiner kritisch zu bewertenden, vielschichtigen Vergangenheit eingesetzt werden sollen. Das ist insofern verwunderlich und hinterfragenswert, da der zukünftige Nutzungszweck der Halle wohl noch nicht wirklich feststeht. Andere durch



ein Geschäftsführer wurde berufen. Doch nun ist WalterBau pleite, alles ist in Frage gestellt und muss neu geordnet werden.

Bleibt es bei den nunmehr zwei Betreibern, Land Berlin und Hertha? Kann man neue dazu gewinnen? Oder muss das Land das Stadion nun sogar alleine betreiben und somit vor allem auch finanzielle Belastungen von schwer zu benennender Größenordnung einplanen? Geht es nach dem Sportsenator, wird es keine weiteren Mitbetreiber geben, die Miete sei mit Hertha bereits ausgehandelt. Dennoch wird all das parlamentarisch zu beraten und abzuwägen sein, bevor weitreichende politische Beschlüsse gefasst werden können.

Laut Böger ist der aktuelle Sport- und Veranstaltungsbetrieb nicht gefährdet, alle Veranstaltungen werden planmäßig ablaufen. Die zuständige Insolvenzgesellschaft habe auch ausstehende Positionen, wie den historischen Pfad, einschließlich der Stele im Eingangsbereich mittlerweile abgearbeitet und realisiert. Die Stele und das wichtige und interessante kulturhistorische Begleitprojekt eines Geschichtspfades rund um das Stadion sollen anhand von Fotos und Texten Informationen zu den Olympischen Spielen 1936 und deren Missbrauch durch die Nazis geben.

Neue Entwicklungen gibt es zur Langemarck-Halle. Nachdem Innenminister Schily diese im November 2004 besichtigt hatte, wurden durch den Bund 3 Mio. Euro zugesagt, die für

den Bund finanziell zu unterstützende Einrichtungen, wie das Sportmuseum auf dem Olympiagelände müssen dagegen nach wie vor ohne Bundesunterstützung arbeiten.

In der öffentlichen Debatte der vergangenen Wochen tauchte auch das Angebot eines japanischen Anbieters auf, der den Namen des Olympiastadions kaufen und durch einen kommerziellen Werbebegriff ersetzen will. In dieser Diskussion ist ebenfalls Zurückhaltung geboten, handelt es sich doch bei „Olympia“ um einen geschützten Namen, der nicht allein durch das Land Berlin getilgt werden könnte. Auch wenn es möglicherweise um erhebliche Einnahmen für Berlin ginge...

Alle an der Problemlösung „Olympiastadion“ Beteiligten werden versuchen, die neuen Herausforderungen, die sich aus dem Konkurs von WalterBau ergeben haben, schnellstens zu lösen, um vor allem die Fußball-WM im kommenden Jahr in Berlin nicht zu gefährden. Ein Unterfangen, das angesichts anderer langwieriger Konkursverfahren mit einer gewissen Skepsis zu beobachten sein wird. Und bei dem das Land Berlin auf Schadensbegrenzung bedacht sein muss, um die Stadionbewirtschaftung nicht zu einem Fass ohne Boden werden zu lassen.

**Dr. Gabriele Hiller (PDS),
MdA, Mitglied des Sportausschusses**

Zwischenruf

Wild-Wechsel nach links

Die GRÜNEN wollen „eine moderne linke Partei“ werden, die SPD entdeckt auch wieder, dass „links“ nicht nur etwas mit Überholspuren zu tun hat. Dennoch brechen offenbar in den Umfragen alle Dämme und treiben die CDU zu ungeahnten Höhen – im Sog des Fahrwassers dümpelt sogar wieder die FDP an der Oberfläche. Anscheinend stört da nur wenige das schillernde Spektrum an widersprüchlichen und erschreckenden „Reform“-Ideen aus den Reihen der „Union“.

Wie Mitarbeiter eines Call-Centers lehren CDU-Politiker seit Wochen ihr „Sozial-ist-was-Arbeitschafft“-Mantra herunter, andererseits heißt es „Nur die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze“. War da nicht mal was mit „sozialer Marktwirtschaft“? Offenbar reicht das aber erstmal vielen als „Alternative“ zur proklamierten „Alternativlosigkeit“ der SPD.

Die wiederum verliert die letzten Reste an Glaubwürdigkeit, wenn sie jetzt mit Sprüchen in den Wahlkampf zieht, die eklatant der real existierenden Regierungspolitik widersprechen.

Die Grünen arbeiten unterdessen emsig an ihrer Profilierung als Öko-FDP: „Achtzig Prozent der Grünen-Wähler können sich nicht vorstellen, die Linkspartei zu wählen“ heißt es beglückt aus Kreisen der Programmkommission. Inhaltliche Positionen alt-grüner Museumsstücke wie H.-C. Ströbele werden auf dem Parteitag vermutlich keine Mehrheit bekommen können.

Damit verabschieden sich die Grünen wohl endgültig von den letzten Resten einer „Alternativen Liste“.

Die Lücke, die jetzt entsteht, kann und muss von einem breiten linken Bündnis gefüllt werden. Neue Ideen und Konzepte gibt es – die Aufgabe einer „Demokratischen Linken“ wäre „das Potenzial an Kreativität, Vielfalt, auch an fröhlicher Dissidenz, das unsere Gesellschaften prägt“ zusammenzuführen „ohne [...] das Streben nach mehr Gleichheit, aus dem Blick zu verlieren.“ (R. Misik)

Die PDS bietet dafür — trotz aller Klischees — seit Jahren eine Plattform und wird dies auch in Zukunft tun. Unabhängig von Namensergänzungen.

Uwe Stümke

Ein neues gesellschaftliches Leitbild „Arbeit für alle“ ist keine realitätsfremde Illusion

Diese knapp 60 Seiten zusammenzufassen, wäre ein nahezu unmögliches Unterfangen. Zudem käme es einer Banalisierung gleich, eine solche Essenz noch einmal zu verdicken. Aus einem klugen Konzept würde ein populistisches Pamphlet.

Die Rede ist vom Text *Zukunft statt „Reformen“: Arbeit für alle* von Dieter Klein. Es ist ein realistisches Konzept, wie man in Deutschland und auch Europa Millionen Arbeitslose wieder in Arbeit bringen könnte. Auch die noch Beschäftigten, die in täglicher Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes leben, sind in diese gar nicht so weltfremde Idee eingebunden.

In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit – einer Art Epidemie unserer Gegenwart – haben viele von Arbeitslosigkeit Betroffene den Glauben an bessere Zeiten längst verloren. Sie fügen sich in ihr Schicksal, dem sie nur über tiefe Einschnitte und großen Verzicht entgehen können. Dies zumindest behaupten die Verfechter der angeblich unvermeidbaren sogenannten „Reformen“.

Klein stellt eine interessante Gegenthese auf: *Eine Vollbeschäftigung neuer Art ist möglich.* Dazu aber benötigt die Gesellschaft ein neues Leitbild – eines das nicht geprägt ist von der derzeitigen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wesentlicher Bestandteil dieses gesellschaftlichen Leitbildes ist es wieder wahrzunehmen, dass es Alternativen zu den angeblichen auf Sachzwängen beruhenden „Reformen“ gibt. Die gepredigte Alternativlosigkeit entspricht weder der Realität noch

dem Wunsch der Mehrheit der Menschen in diesem Land. Es ist das Ohnmachtsgefühl, das alternatives Denken und Handeln blockiert. – Dabei gehen mehr als die Hälfte der Menschen in Westdeutschland und Dreiviertel im Osten davon aus, dass sich diese Gesellschaft grundlegend verändern muss. Noch allerdings fehlt der Glaube an die Chancen für Alternativen, auch weil die Menschen den drei neoliberalen Haupt-Mythen erliegen: zu hohe Lohnnebenkosten; zu hohe Unternehmenssteuern; der ausufernde Sozialstaat.

Anhand von Zahlen widerlegt Dieter Klein diese Mythen und zeigt den möglichen Weg zu *emanzipatorischen Reformalternativen*. Selbstverständlich fallen auch hier die bekannten Begriffe wie „sozial-ökologischer Umbau“, „existenzsichernde Arbeitsplätze“, „öffentlich geförderte Beschäftigung“, „Wertschöpfungsabgabe“ und „Steuerge-

rechtigkeit“. Aber Klein stellt sie in einen Zusammenhang, der Arbeitszeitverkürzung und bedarfsorientierte Grundsicherung als sinnvolle Schritte erscheinen lässt, eine *Vollbeschäftigung neuer Art* möglich zu machen.

Dies ist – und auch hier wird die Verbindung deutlich aufgezeigt – allerdings nur dann realistisch, wenn sich die Gesellschaft ein neues Leitbild sucht. Eine künftige *Vollbeschäftigung neuer Art* wird die *Kombination und den zeitweiligen Wechsel zwischen existenzsichernder Erwerbsarbeit und nicht bezahlter Eigenarbeit [...] umfassen – zugunsten des Einstiegs bisher Arbeitsloser in die Arbeitswelt*. Das klingt recht simpel, ist aber sehr komplex – verständlich und einleuchtend dargestellt in:

Dieter Klein,

Zukunft statt „Reformen“: Arbeit für alle
erschienen bei *dietz berlin*

Natalie Rottka



Nur ein Tropfen auf den heißen Stein?

Ein paar tausend Maßnahmen — Zwischenbilanz eines Beschäftigungsprogramms

Hartz IV bleibt eine sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Fehlkonstruktion, sagt der Berliner PDS-Vorsitzende Stefan Liebich. Hartz schafft keine Jobs, sagt Harald Wolf, Senator für Arbeit, Wirtschaft und Frauen. Allerdings geht es in einem Beschäftigungsprogramm nicht um Jobs oder Arbeit im herkömmlichen Sinn. Es geht um „Maßnahmen“. 70.000 sollten in Berlin angeboten werden. Davon 42.000 durch die Wirkung von Hartz-Instrumenten (SGB III) – also Eingliederungszuschüsse, Förderung für berufliche Weiterbildung, Trainingsmaßnahmen etc. und 28.000 Maßnahmen, die es vor Hartz bereits gab (SGB II). Aber auch Hartz schafft nicht neu, sondern

schaufelt nur um: Statt ABM, SAM, HZA und GZA kommt Hartz verbunden mit Rudimenten von ABM und SAM vor allem für ältere Menschen. Wirklich neu dazu gäbe es für die gesamte Stadt zwischen 5.000 und 8.000 Maßnahmen, d. h. gerechnet auf jeden Bezirk 500 bis 600, erklärte Staatssekretärin Susanne Ahlers.

Was bedeutet das für Charlottenburg-Wilmersdorf mit ca. 308.000 Einwohnern und einer Arbeitslosenquote von 17,9 % (März 2005)? Reicht das? Sicher nicht. Und außerdem stellt sich immer wieder die Frage nach der Zusätzlichkeit dieser Maßnahmen, um nicht reguläre Arbeitsplätze abzubauen oder Personaldefizite im öffentlichen Dienst

auf diese Weise kostengünstig aufzufangen. Dennoch ist jede Maßnahme relevant, mit der Einzelnen konkret geholfen werden kann. Deshalb ist es der PDS wichtig, dass diese Maßnahmen an Freiwilligkeit gebunden sind. Angesichts der Tatsache, dass zwischen 40 und 50 % der Erwerbslosen ohne Ausbildung sind, müssen sie zudem als Förderung und Weiterbildung angeboten werden.

Deshalb hat sich die PDS für ein „Kommunales Beschäftigungsprogramm: Teilhabe-Integration-Qualifikation“ eingesetzt. Es ist nun auch die Aufgabe der Bezirkspolitiker ebenso wie der Betroffenen selbst, nachzuhaken, was aus diesem Programm in der konkreten Umsetzung wird.

Connie Hildebrandt

„Non“ für ein soziales Europa!

Das französische Nein zur EU-Verfassung erschüttert das europäische Konstrukt. Doch stellt sich die Linke in Frankreich keineswegs gegen Europa als gemeinschaftliche Idee. Die Franzosen verweigerten einem detailliert neoliberalen Programm ihre Zustimmung, weil eine soziale und demokratische Verfassung das Ziel sein muss. Zu den Beweggründen und Bündnissen des „Non“ und dazu, wie Europa einen sozialen und demokratischen Weg gehen kann, äußerte sich Elisabeth Gauthier gegenüber der Bezirksbühne:

Wie links war das „Nein“?

Die entscheidende Dynamik für den Erfolg des Nein kam von links. Seit Juli 2003 machten Francis Wurtz, Vorsitzender der linken Fraktion im EU-Parlament, und die KP Frankreichs den Text der EU-Verfassung über die L'Humanité in der Öffentlichkeit bekannt. Im Europawahlkampf kamen weitere „Nein“-Stimmen dazu von linken Parteien, Teilen der „Altermondialistes“ wie Attac. Ihre Kritik



richtete sich nicht gegen Europa, sondern seine neoliberale Ausrichtung, die in der EU-Verfassung festgeschrieben werden sollte. Und weil Sozial- und Demokratieabbau auf Landes- und Europaebene konkret im Text sichtbar sind, wurde die ‚Konstitutionalisierung‘ dieser Politik abgelehnt. Übrigens kamen nationalistische, fremdenfeindliche, rassistische oder anti-europäische Meinungen trotz unzähliger Provokationsversuche kaum zum Tragen.

Welche Bündnispartner vereint Euer „Nein“?

Erste breite gemeinsame Aktionen forderten zunächst ein Referendum. Mit dem „Appell der 200“ wurde von Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften eine gemeinsame Kampagne begonnen, die sich ausweitete. In über 1000 lokalen Aktionsgruppen, engagierten sich auch bisher unorganisierte ‚Citoyens‘,

Minderheiten der Sozialisten und der Grünen. In dieser entwickelte jede Organisation ihre spezifischen Beiträge, die KPF stellte ihre Mittel, bis zu offiziellen Sendezeiten, in den Dienst der gemeinsamen Kampagne. Diese erfasste zunehmend auch Mitglieder der Gewerkschaften. Dank der differenzierten Argumentation des linken „Nein“, ihrer Verbreitung mittels Internet und tausender größerer und kleinerer Veranstaltungen konnte dem Druck der herrschenden Kräfte Frankreichs und Europas widerstanden werden. 70% der Lohnabhängigen, 98% der PCF-Wähler, aber auch 55 bis 60% der SP- und Grünen-Wähler stimmten mit „Nein“. Es war klar: ein soziales, demokratisches, friedensstiftendes, solidarisches Europa geht nur über das „Nein“ und keinesfalls mit einer Politik des Neoliberalismus.

Was kommt nach dem „Nein“ in Frankreich?

Derzeit wird auf allen Ebenen – national und lokal – beschlossen, gemeinsam weiterzuarbeiten. Die Regierenden sollen dazu verpflichtet werden, die Volksentscheidung zu respektieren. Neue Verhandlungen müssen demokratisch werden, d. h. eine große öffentliche Debatte über die Inhalte des europäischen Konstruktes. Deshalb geht es in Frankreich jetzt darum, eine politische Alternative zu erarbeiten. Das Ziel kann nicht eine Neuauflage der ‚gauche plurielle‘ sein, sondern es geht um eine antiliberale Mehrheit 2007. Der Erfolg des linken Nein und die intensiven neuartigen Erfahrungen öffnen dazu nicht automatisch den Weg, schaffen aber weitaus bessere Bedingungen für weitere Schritte in diese Richtung.

Europaweit – an welchen Baustellen muss die Linke jetzt handeln?

Politische Entscheidungen zugunsten neoliberaler Politik müssen gestoppt werden, wie die Strategie von Lissabon und diverse Deregulierungsdirektiven, wie z. B. Bolkestein. Es gilt, eine europaweite Bewegung in Gang zu setzen, antiliberale Alternativen nicht am grünen Tisch sondern mit der Bevölkerung zu diskutieren, den Druck auf alle Regierungen zu verstärken. Dazu müssen auch auf europäischer Ebene Akteure aus Politik, Gewerkschaften, Bewegungen in Hinblick auf eine politische und soziale Dynamik zusammenarbeiten. Diese Prozesse zu befördern muss zu einem Hauptanliegen der Europäischen Linkspartei werden.

europa - links

Die Linke sagte Nein!

Die klare Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages durch die Bürgerinnen und Bürger Frankreichs ist vor allem dem Nein der Linken zu verdanken. Sie haben sich gegen das neoliberale Europa gewandt, gegen das Europa der Privatisierungen und des Abbaus sozialer Rechte. Das von Frankreich ausgehende Signal ist eindeutig: Ein Europa des Marktes, des Sozialabbaus und der hemmungslosen Konkurrenz jeder gegen jeden findet keine Unterstützung in der Bevölkerung. Das französische Nein verlangt jetzt in allen Mitgliedsländern ein politisches Umdenken, vor allem auch in Deutschland. Ein einiges Europa kann nur dauerhaft Bestand, wenn es das historisch gewachsene europäische Sozialmodell bewahrt und weiter entwickelt. Das zukünftige Europa muss ein friedliches und demokratisch aufgebaut sein. Die demokratischen Errungenschaften der Partizipation, die in langen und opferreichen Kämpfen innerhalb der europäischen Nationalstaaten erreicht wurden, dürfen nicht länger anonymen und bürokratischen Entscheidungsfindungen geopfert werden.

Der gegenwärtige Verfassungsvertrag bietet für all dies keine Grundlagen. Er ist zu Recht abgelehnt worden. Die Bürgerinnen und Bürger Frankreichs haben diesen Verfassungsvertrag auch im Namen all der Kritiker in den anderen Mitgliedsländern verworfen, denen – wie in Deutschland – dieses Recht vorenthalten wird. Dafür gebührt ihnen unser Dank! Es ist jetzt an der Zeit, eine wirkliche europäische Verfassung zu schreiben, die von Beginn an die Völker mit einbezieht. Das Nein Frankreichs hat den Weg dafür frei gemacht. Es ist ein Sieg Europas!

Helmuth Markov, MdEP

www.pds-europa.de

Elisabeth Gauthier ist Unterzeichnerin des »Appells der 200« gegen die EU-Verfassung, Mitglied im Exekutivkomitee der KPF (Kommunistische Partei Frankreichs), Generalsekretärin von »Espaces Marx« und aktiv im europäischen Netzwerk »Transform!«

Mahnmal Gleis 17 – Pflege langfristig sichern

Die PDS lehnt eine Bebauung am Mahnmal Gleis 17 in Berlin Wilmersdorf prinzipiell ab. Dieser Ort des Gedenkens der Deportation von über 57.000 Juden darf in seinem Charakter und in seiner Authentizität nicht verändert werden. Einer Bebauung würde die PDS nur zustimmen, wenn diese erst auf der Höhe Wissmannstraße begänne. Das wäre theoretisch möglich, da die Wissmannstraße sich so weit weg vom

Mahnmal befindet, dass die Bebauung mit bloßem Auge kaum mehr zu erkennen wäre. Das Mahnmal als Ort des Gedenkens und der Ruhe bliebe so gewahrt. Sollte die Bebauung auf Höhe der Wissmannstraße beginnen, fordert die PDS einen städtebaulichen Vertrag, der Pflege und Gestaltung des Mahnmals Gleis 17 langfristig sichert.

Benjamin Apeloig

Haushalt: keine Kürzungen im Jugendbereich!

Die PDS in der BVV fordert auch in den diesjährigen Haushaltsberatungen keine weiteren Kürzungen im Jugendbereich vorzunehmen. „Das Ende der Fahnenstange ist nach Schließungen etlicher Kitas und Freizeiteinrichtungen erreicht“, stellt Benjamin

Apeloig fest. Die PDS hat deshalb einen Antrag eingebracht, in dem das Bezirksamt dazu aufgefordert wird, einen Vorschlag zu erarbeiten wie der Jugendbereich von künftigen Sparmaßnahmen ausgenommen werden kann. (bb)



Kinder-, Frauen, Menschenrechte gehen alle an

Auch der vierte „Marktplatz der Demokratie“ war ein voller Erfolg. Wieder präsentierten an die 30 Projekte, Organisationen und Parteien ihre Arbeit für die Demokratie auf der „Agora“. Der Anspruch, Demokratie im öffentlichen Raum zu leben, erfüllte diese über die vollen fünf Stunden: Auf der Bühne unterhielten musikalische Kinder- und Jugendprojekte aus Charlottenburg-Wilmersdorf und informierten Gesprächsrunden zu den Themen Kinder-, Frauen- und Menschenrechte. Auch zwischen den Infoständen auf dem Breitscheidplatz herrschte rege Betriebsamkeit.

In eigener Sache: Prof. Dr. Günter Bärwolff

In der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf hat es einen Wechsel bei den Verordneten gegeben. Prof. Dr. Günter Bärwolff ersetzt ab sofort Jürgen Hornig, der aus persönlichen Gründen sein Mandat niedergelegt hat.

Günter Bärwolff – 54, verheiratet, drei Kinder – verfügt über langjährige Erfahrungen in der Kommunalpolitik (1990 bis 2002 als Bezirksverordneter, 10 Jahre davon als

Vorsteher bzw. stellvertretender Vorsteher der BVV Prenzlauer Berg.)

Seine kommunalpolitischen Schwerpunkte setzte er in dieser Zeit in den Bereichen Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Kultur und Bildung sowie auf die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen.

Günter Bärwolff ist von Beruf Diplom-Mathematiker und arbeitet derzeit als Hochschullehrer am Institut für Mathematik an der Technischen Universität Berlin.

60 Jahre Befreiung – 8. Mai 2005: Keinen Fußbreit den Nazis!

Da standen sie nun am Alexanderplatz. Sie standen sich ihre Springerstiefelfüße platt und brüllten sich die Zungen wund. Aber sie hatten keine Chance, sie konnten ihre vermeintliche Botschaft in dieser Stadt nicht verbreiten.

Die Hauptstadt wollte die rechten Parolen-Schreier nicht in ihre Mitte, Berlin gedachte der damaligen Greuel und feierte den Tag der Befreiung vom Nazi-Regime: Zehntausende Demokraten blockierten sämtliche Ausgänge für die am 8. Mai in der Stadt unerwünschten Anti-Demokraten. Ein breites Bündnis aus Bürgerinnen und Bürgern, demokratischen Parteien, antifaschistischen Organisationen und Gruppen ließ nicht zu, dass die von der NPD-Jugendorganisation mobilisierten Demonstranten ihre menschen- und demokratiefeindlichen Parolen öffentlich proklamierten. Die Friedensbewegung – als Mitinitiator – zeigte genauso Gesicht wie Abgeordnete aus vielen Parlamenten der Republik.

Entscheidend waren aber die Tausenden von Menschen, die den Neo-Nazis keinen Fußbreit der Berliner Straßen gönnten. Sie demonstrierten mit einem großen Fest rund um den Palast der Republik ihren demokratischen Willen für ein „Nie wieder Faschismus! – Nie wieder Krieg!“.



Infos: www.pds-charlottenburg-wilmersdorf.de/bvv05

Impressum

Herausgeber: PDS-Bezirksverordnete in der BVV-Charlottenburg-Wilmersdorf

V.i.S.d.P.: Benjamin Apeloig
redaktion@pds-charlottenburg-wilmersdorf.de

*Bildrechte, wenn nicht anders vermerkt: U. Stümke
Erscheinungsdatum: 17. 06. 2005*

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Büro der Bezirksverordneten:
Rathaus Wilmersdorf, Raum 3101,
Fehrbellinerplatz 4
10707 Berlin

Tel.: 90 29-14 91 0 (montags von 18.00 – 19.00 Uhr)
Fax: 74 73 26 91